



Wahlprüfsteine Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) setzt aktuell folgende Schwerpunkte:

- Förderung von Inklusion, Integration und Partizipation: Schaffung förderlicher institutioneller Rahmenbedingungen zum konstruktiven Umgang mit Vielfalt. Stärkung der Bereitschaft des Einzelnen soziale Verantwortung zu übernehmen und Wertschätzung individuellen Engagements für die Gemeinschaft.
- Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagement: Verstärkung psychologischer Trainingsmaßnahmen, Beratung von Führungskräften und Beschäftigten zu einer gesundheitsorientierten Arbeitsgestaltung; Reduktion der körperlichen und psychischen Belastung bei der Erfüllung hoher beruflicher Anforderungen; Flexibilisierung der Arbeitswelt im Sinne einer lebensphasenorientierten Personalentwicklung.
- Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung: Verringerung der Wartezeiten bis zum Beginn einer Psychotherapie durch eine bedarfsgerechte Versorgungsplanung; Sicherstellung eines breiten Verfahrensspektrums in der psychotherapeutischen Ausbildung und eines zielgruppenadäquaten psychotherapeutischen Angebots unter anderem durch eine Novellierung des Psychotherapeutengesetzes. Durch diese Novellierung darf das Fach Psychologie nicht geschwächt werden und der Zugang zur Psychotherapieausbildung soll auf Basis des Studiums der Psychologie erfolgen. Gewährleistung einer adäquaten Vergütung während der Weiterbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten und in der Berufstätigkeit.

Relevante weitere Themen sind:

- Nutzung psychologischer Expertise im Wirtschaftsleben und zur Bewältigung von Wirtschaftskrisen
- Einbindung der Palliativpsychologie in gesetzliche Regelungen zur Versorgung in Kliniken, Hospizen und der ambulanten Pflege
- Ausbau der Masterplätze im Fach Psychologie an Universitäten entsprechend der im Zuge von G8 erhöhten Anzahl von Studienplätzen für Bachelor
- Erhalt des Geheimnisschutzes für Psychologen, Psychotherapeuten und andere Berufsheimnisträger in Bezug auf Kommunikation über elektronische Medien und gesetzliche Regelungen wie beispielsweise zur Vorratsdatenspeicherung
- Absicherung der verkehrspsychologischen Beratungsangebote durch psychologische Experten
- Umgang mit Aggression und Gewalt durch Prävention, Konfliktregulierung und Unterstützung von Gewaltopfern
- Sicherstellung einer effektiven notfallpsychologischen Versorgung
- Realisierung der gesetzlich verankerten Frühförderung von Kindern im Vorschulalter
- Einfügung eines Paragraphen zu Kinderrechten ins Grundgesetz
- Vermittlung psychologischer Grundkenntnisse in weiterführenden Schulen

1. *Welche der oben genannten Schwerpunktthemen beabsichtigen Sie in der nächsten Legislaturperiode mit welchen Zielen aufzugreifen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNE wollen auch in der nächsten Legislaturperiode weiterhin für eine gute gesundheitliche und soziale Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen arbeiten. Dafür haben wir bereits viel erreicht: In der vergangenen Legislaturperiode haben wir mit GRÜNER Regierungsbeteiligung das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz reformiert. Wir haben das veraltete Freiheitsentziehungsgesetz endlich modernisiert und geben Hilfe statt Zwang den Vorrang. Die sozialpsychiatrischen Dienste in den Landkreisen wurden gestärkt, um frühzeitig den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu helfen. Auch für die oft von Krieg und Gewalt traumatisierten Geflüchteten ermöglichen wir in vier psychosozialen Zentren in Hessen Unterstützung von Betroffenen bei psychosozialen Problemen.

Auch in der nächsten Wahlperiode werden wir die Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen weiter stärken. Wir wollen die Angebote des „Home Treatment“ weiter entwickeln: Psychisch erkrankte Menschen können dann in ihren eigenen vier Wänden behandelt werden, statt stationär aufgenommen zu werden. Außerdem wollen wir den ambulanten und stationären Bereich stärker verknüpfen, mit dem Schwerpunkt zur Nachbetreuung. Denn psychische Krankheiten heilen meist nicht einmalig, sie kehren wieder. Der Übergang von stationären Einrichtungen zu ambulanten, regionalen Angeboten muss zudem fließend sein und hinreichende Hilfen für die Patienten bieten. Unser Ziel ist, lange Wartezeiten und Versorgungslücken deutlich zu verkürzen. Wir wollen deshalb die sozialpsychiatrischen Dienste in den Kommunen weiter stärken, damit diese in Krisensituationen auch außerhalb von Bürozeiten erreichbar sind und den stationären und ambulanten Bereich vernetzen.

2. *Welche Maßnahmen werden sie zur Erhaltung des Psychologiestudiums und dessen beruflicher Einsatzfelder unternehmen, damit durch die Novellierung des Psychotherapeutengesetzes kein Abbau von Psychologiestudiengängen erfolgt.*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir halten eine Reform des Psychotherapeutengesetzes für längst überfällig. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene sieht vor, die Novellierung der Ausbildung der bisherigen psychologischen Psychotherapeuten in Form einer Direktausbildung abzuschließen. Dafür ist eine enge Abstimmung des Bundes mit den Bundesländern notwendig, damit bundeseinheitliche Qualitätsstandards sichergestellt werden können. Dringenden Regelungsbedarf sehen wir insbesondere bei der Vergütung und Refinanzierung von Psychotherapeutinnen und –therapeuten in der Ausbildung. Bisher ist aber leider kein Gesetzesentwurf auf Bundesebene bekannt, aus dem wir landespolitische Maßnahmen bzgl. des Psychologiestudiums ableiten können.

3. *Wie werden Sie die schulpsychologische Versorgung verbessern?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

In Zeiten, in denen Schulen mit immer komplexeren Anforderungen konfrontiert werden, nimmt auch die Bedeutung der Schulpsychologie mit ihren Angeboten zur Beratung, Prävention und Intervention zu. Für die zusätzlichen Aufgaben brauchen unsere Schulen zusätzliche Unterstützung. Um die Schulen im Umgang mit den gestiegenen Herausforderungen besser zu unterstützen, haben wir bereits 2017 das Kompetenzzentrum Schulpsychologie eingerichtet und im Doppelhaushalt 2018/19 24 zusätzliche Stellen für Schulberatung und Schulpsychologie geschaffen. Wir GRÜNEN wollen Schulen, in denen Schulpsychologinnen und –psychologen, sozialpädagogische Fachkräfte, Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam arbeiten, um mit ihren spezifischen Kompetenzen die bestmögliche Förderung der Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Diesen Weg wollen wir im Dialog mit den Beteiligten weitergehen.

4. *Wie werden Sie die Integration von Zuwanderern fördern und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Migration ist für uns Realität. Zunehmend sprechen Menschen von ihrer multi- oder transnationalen und kulturellen Identität. Für uns ist klar: Wir wollen eine gelungene Integration. Jeden Tag leben und arbeiten Millionen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund respektvoll und konfliktfrei miteinander. Sie wollen ein gutes Leben für sich und ihre Familien. In den meisten Fällen werden die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger Arbeit finden und sich aktiv in der Gesellschaft einbringen, z.B. als Fachkräfte, als Ehrenamtliche und hier notwendige Aufgaben übernehmen. Eine wichtige Voraussetzung für das gleichberechtigte Leben ist eine gleiche Sprache – und nicht zuletzt eine gemeinsame Wertebasis. Dazu gehören die Regeln unseres Grundgesetzes sowie die Anerkennung von Vielfalt in unserer Gesellschaft. Deutschland ist ein Einwanderungsland und wir GRÜNE werden uns konsequent für eine erfolgreiche Integration einsetzen. Dort, wo es weitere Unterstützung über die regulären sozialstaatlichen Hilfen hinaus braucht, wollen wir bis 2025 folgende Punkte verwirklichen:

- Wir werden den ersten Hessischen Integrationsplan weiter entwickeln.
- Wir wollen ein Förderprogramm „Deutsch für alle“.
- Wir wollen die Ausbildungs- und Arbeitsprogramme für Geflüchtete weiter verbessern und noch mehr berufsbegleitende Sprachförderung einsetzen.
- Wir werden mit einer unabhängigen Verfahrensberatung alle ausländischen Personen bei der Klärung ihres Aufenthaltsstatus beraten.
- Wir wollen unsere Programme noch stärker daraufhin überprüfen, dass sie auch für Frauen und Mädchen mit Migrations- und Fluchthintergrund attraktiv sind.
- Wir werden mit den WIR-Integrationszentren in allen Kommunen Anlaufstellen für Integrationsangelegenheiten schaffen.
- Wir wollen unsere Maßnahmen in einem Integrationsgesetz zusammenführen.

5. *Welchen Stellenwert haben für Sie Psychologen in der Gesundheitsförderung und Prävention? Wie wollen Sie diesen gesetzlich verankern?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Psychologinnen und Psychologen sind in vielen Bereichen für die Gesundheitsförderung und Prävention aktiv – sei es in den Personalabteilungen, in sozialen Beratungsstellen, als psychologische Psychotherapeuten in Praxen oder im Coaching. Das betriebliche Gesundheitsmanagement nimmt z.B. einen immer höheren Stellenwert ein, auch um die zunehmenden psychischen Belastungen, denen Beschäftigte ausgesetzt sind, entgegenzuwirken. Oft übernehmen Psychologinnen und Psychologen hier wertvolle Aufgaben, wie Seminare für Stressabbau etc. Wir GRÜNE wollen uns weiter dafür einsetzen, Prävention und Gesunderhaltung in allen Lebensbereichen zu verankern und weiterhin Projekte fördern, die sich dies zum Ziel setzen.

6. *Befürworten Sie die Aufnahme von Psychologen als Freiberufler in die Liste der sogenannten Katalogberufe des § 13 Einkommenssteuergesetz? Während z.B. Heilpraktiker ohne Studium aufgeführt sind, müssen Psychologen umfangreiche Nachweise führen.*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Das Einkommenssteuergesetz gehört ausschließlich zur Gesetzgebung des Bundes. Die angesprochene Frage lässt eine Ungleichbehandlung vermuten. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir hier als Landespartei bisher keinen Fokus gesetzt haben. Für weitere Fragen diesbezüglich können Sie sich gerne an die Bundepartei wenden.